

z.B. per E-Mail an die Geschäftsstelle (geschaefsstelle@dbj.de) sind wir dankbar.

„Geschlechtergerechte Sprache in dbj-Publikationen“ war ein weiteres Thema am 25. Juni. Der Bundesvorstand hat seinen Beschluss vom 27. Oktober 2002, konsequent zu gendern, bestätigt. Diskutiert wurde über die Art und Weise. Erhellende Beiträge hat die Koordinationsstelle für Geschlechterstudien, Frauenforschung und Frauenförderung an der Karl-Franzens-Universität Graz veröffentlicht (<http://www.uni-graz.at/kffwww/GeschlechtergerechteSprache.htm>). Dies und ein Aufsatz „HERRliche deutsche Sprache?“ mit vielen Anregungen wird auf der Webseite zur Verfügung gestellt (http://www.uni-graz.at/uedo1www_files_geschlechtergerechtes_formulieren-4.pdf). Beschlusslage im dbj ist nun: (1) wenn möglich ist auf geschlechtsbezogene Begriffe zu verzichten, (2) wenn das nicht geht, sind Frau und Mann zu nennen, und zwar in dieser Reihenfolge, (3) bei Abkürzungen sind Schrägstriche zu verwenden. Dies gilt für alle dbj-Publikationen, so dass ich die Autorinnen bitte, darauf schon beim Schreiben der Beiträge zu achten.

Zum Schluss lade ich Sie ein, sich zu unserem 39. Bundeskongress vom 22. bis 25. September 2011 in Potsdam anzumelden (<http://www.dbj.de/Veranstaltungen/2011/2011>

Kongress/). Das Thema „Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst – Anspruch und Wirklichkeit“ geht viele von uns an. Die „Gläserne Decke“ gibt es leider immer noch. Ziel der Tagung ist daher, die rechtlichen Rahmenbedingungen von weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu evaluieren, Empfehlungen für Verbesserungen des gleichstellungsrechtlichen Instrumentariums und Impulse für die Gleichstellungspolitik des Bundes und die Arbeit anderer Verbände und sonstiger in diesem Bereich engagierter Personen zu geben. Die Situation von Frauen in Unternehmen der privaten Rechtsform wird dabei einbezogen, insbesondere um zu überprüfen, ob sich einzelne Instrumente im öffentlichen Dienst auf privatwirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse übertragen lassen.

Junge Juristinnen sollten sich von den Kosten nicht abschrecken lassen. Es gibt die Möglichkeit, Patinnengeld zu beantragen. Bitte stellen Sie bis Ende August einen formlosen Antrag unter Angabe der zu erwartenden Kosten an die Geschäftsstelle (geschaefsstelle@dbj.de). Am Freitag, 23. September 2011 treffen sich die Jungen Juristinnen zum Austausch.

Wir sehen uns hoffentlich in Potsdam! Bis dahin bin ich – zum letzten Mal an dieser Stelle – Ihre Jutta Wagner.

Mitgliederversammlung am 24. September 2011, Potsdam

Kandidaturen für den Bundesvorstand (Präsidium, Beisitzerinnen und Delegierte)

Am 24. September 2011 werden in Potsdam das Präsidium, bis zu zwei Beisitzerinnen, die Delegierten des dbj zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten bei anderen Verbänden und zwei Kassenprüferinnen neu gewählt. Präsidentin Jutta Wagner und Vizepräsidentin Renate Maltry haben ihre maximale Amtszeit nach § 7 Absatz 2 der Satzung erreicht und können daher kein weiteres Mal kandidieren. Bei der Schatzmeisterin ist eine mehrfache Wiederwahl möglich, so dass Dagmar Brinkmann, die das Amt der Schatzmeisterin nun ebenfalls sechs Jahre ausübt, wieder kandidieren kann und auch signalisiert hat, dieses zu tun. Auch Katharina König, seit 2009 Beisitzerin als Vertreterin der Mitglieder in Ausbildung, steht nach Bestehen ihres ersten Juristischen Staats-examens im Dezember 2010 für eine weitere Amtszeit zur Verfügung. Ihre bisherige Arbeit als Delegierte möchten gerne fortsetzen: Christa Seeliger (Deutsche Liga für das Kind und UN-Women) und Katharina Wolf (Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland). Kandidaturen für alle Ämter sind noch bis zum Tag der Mitgliederversammlung möglich.

Ihre Kandidaturen haben angekündigt:

Für das Amt der Präsidentin:

Ramona Pisal, Jahrgang 1957, geboren und aufgewachsen im Rheinland. Studium der Rechtswissenschaften an den Univer-

sitäten Gießen und Köln. Nach knapp einem Jahr als Rechtsanwältin Eintritt in den richterlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen. Einsatz als Richterin bei dem Land- und Amtsgericht Mönchengladbach in Zivil- und Strafsachen. Mitte der 90er Jahre zunächst Abordnung an das Amtsgericht Potsdam, dort auch Pressesprecherin. Nach Abordnung an das Brandenburgische Oberlandesgericht 1997 Versetzung in den richterlichen Dienst des Landes Brandenburg und Ernennung zur Richterin am Oberlandesgericht, zusätzlich Pressesprecherin. Nach fünfjähriger Tätigkeit in einem Zivilsenat seit 2001 Angehörige des 2. Strafsenat, seit 2006 dessen Leitung als Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht. Seit 2002 Gleichstellungsbeauftragte des Brandenburgischen Oberlandesgerichts und seit Inkrafttreten dieses Gesetzes Beschwerdestelle nach dem AGG. Seit Dezember 2006 Vorsitzende des Landesverbandes Brandenburg im dbj, seit September 2007 Vizepräsidentin im Bundesvorstand. Mitglied im Deutschen Juristentag (djt) und Deutschen Richterbund (DRB), verheiratet und Mutter eines erwachsenen Sohnes.

Frauen in Führungspositionen sind auch im öffentlichen Dienst und der Justiz nicht selbstverständlich, wie ich u.a. aus meiner Aufgabe als Gleichstellungsbeauftragte weiß. Den Gründen hierfür und Möglichkeiten zur Abhilfe gilt mein besonderes Interesse.

Für das Amt der Vizepräsidentin (zwei Vizepräsidentinnen sind zu wählen):

Margarete Hofmann, geb. 1956 in Aschaffenburg, Studium der Rechtswissenschaften und Romanistik in Würzburg und Paris. 1987–1991 Referentin im Bundesministerium der Justiz (BMJ) in den Bereichen Wirtschaftsrecht und Völkerrecht, Bonn. 1992–1996 deutsche EU-Vertretung Brüssel, zuständig für Justizzusammenarbeit und Wirtschaftsrecht. 1997–1999 Leiterin des Europa-Koordinierungsreferats im BMJ, Bonn und Berlin. 1999–2004 Kabinettsmitglied bei Kommissarin Dr. Michaela Schreyer, Europäische Kommission, Brüssel (Schwerpunkte Betrugsbekämpfung, Justiz und Inneres, Wettbewerbsrecht, Binnenmarkt). Seit Ende 2004 Beamtin und später Referatsleiterin beim Europäischen Betrugsbekämpfungsamt (OLAF) in Brüssel. Bei OLAF bin ich auch Gleichstellungsbeauftragte. Mitglied des djb seit 2001. Vorsitzende der Regionalgruppe Brüssel seit 2007 und Delegierte im Regionalgruppenbeirat. Mitglied von EWLA und Europa-Union. *Anliegen des djb, wie z.B. das Thema Frauen in Führungspositionen, haben die europäische Ebene längst erreicht. Als einen Arbeitsschwerpunkt sehe ich daher die noch stärkere Positionierung des djb auf europäischer und auch internationaler Ebene, um Kräfte zu bündeln und Synergien zu erreichen. Das vorhandene Netzwerk an Kontakten sollte dabei gezielt genutzt und weiter ausgebaut werden. Wichtig für den Erfolg unserer Arbeit sind aus meiner Sicht auch eine vertrauliche Zusammenarbeit im Bundesvorstand einerseits und eine enge Anbindung an die „Basis“ andererseits.*

Eva Schübel, 54 Jahre, verheiratet, Bundesanwältin beim Bundesgerichtshof. 1977–1981 Jura-Studium in Erlangen-Nürnberg, Freiburg, München und Paris, 1982–1985 Referendariat im OLG-Bezirk Bamberg, 1985–1990 Richterin und Staatsanwältin in Hof, 1990–1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesministerium der Justiz, 1992–1996 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Bundesanwaltschaft, ab Juni 1994 Persönliche Referentin des Generalbundesanwalts und Pressesprecherin, 1996 Übernahme in den Bundesdienst als Oberstaatsanwältin beim BGH, ab November 1996 1. Pressesprecherin des Generalbundesanwalts, im September 2000 Wechsel in die Revisionsabteilung, 2004–2006 Ermittlungsabteilung sowie Rechtshilfeangelegenheiten und Vertretung des GBA in internationalen Gremien, seit 2007 Revisionsabteilung, im April 2008 Beförderung zur Bundesanwältin, seit Mai 2008 Gleichstellungsbeauftragte des Generalbundesanwalts. Seit 1991 Mitglied des djb, 1997 Neuaufbau der RG Karlsruhe/Mannheim, 1998–2004 Vorsitzende der RG Karlsruhe/Mannheim, 1999–2003 Mitglied im Bundesvorstand, 2005–2007 Vorsitzende der RG Karlsruhe/Mannheim, 2009 Mitorganisation des Bundeskongresses in Karlsruhe. Mitglied im DRB und von EWLA.

Der Anteil der Richterinnen an den obersten Bundesgerichten steigt zum Teil nur marginal, weil zu wenige Frauen vorgeschlagen werden. Ich möchte versuchen, ein Umdenken im Richterwahlausschuss und in den Länderjustizministerien zu bewirken. Zudem halte ich eine Vernetzung derjenigen djb-

Mitglieder, die als Gleichstellungs- oder Frauenbeauftragte tätig sind, für erforderlich, um sich über Rechtsfragen auszutauschen.

Für das Amt der Beisitzerin als Vertreterin der Mitglieder in Ausbildung (bis zu zwei Beisitzerinnen sind zu wählen):

Anne Brozat, 27 Jahre alt und seit April 2010 Promotionsstudentin an der Ruhr-Universität Bochum. Bis 2008 Studentin an der Freien Universität Berlin. Master mit dem Schwerpunkt „Transnational Criminal Justice and Crime Prevention“ nach dem Ersten Staatsexamen an der University of the Western Cape in Kapstadt/Südafrika. Von Februar 2010 bis Juni 2010 Referendariat in Berlin und Abschluss der Zivilstation, jetzt Promotionsstipendiatin im „Bochumer Nachwuchsforscherkolleg intradisziplinäre Rechtswissenschaften“. Während des Studiums verschiedene Nebenjobs, unter anderem im Olympiastadion, über zwei Jahre bei Strafverteidigern und kurze Zeit im Bundesministerium der Finanzen.

Mitglied im djb bin ich seit 2007 und seit meiner Rückkehr aus Südafrika nehme ich gerne an den Treffen des Landesverbands Brandenburg in Potsdam teil. Nachdem ich inzwischen viele verschiedene Aspekte der juristischen Ausbildung im In- und Ausland kennengelernt habe, würde ich gerne für Mitglieder in Ausbildung Ansprechpartnerin für Fragen in diesem Bereich sein und mich für die Interessen der jüngeren Mitglieder im djb einsetzen. Darüber hinaus möchte ich für eine noch bessere Vernetzung der Jungen Juristinnen untereinander eintreten und denke, dass ich zusammen mit der anderen Beisitzerin im Bundesvorstand neue Impulse setzen und Bewährtes fortführen kann.

Als Delegierte bei der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IRZ-Stiftung):

Daniela Giannone, 31 Jahre alt, Studium der Rechtswissenschaft mit den Schwerpunkten Kriminologie, Strafprozessrecht und Völkerstrafrecht an der Universität Trier. Ein Auslandssemester in Padua, Italien verbracht, studienbegleitend zusätzlich eine fachspezifische Fremdsprachenausbildung (FFA) im anglo-amerikanischen Recht absolviert. Ende 2005 das 1. Staatsexamen in Trier abgelegt, 2006 Beginn des Rechtsreferendariats in Hessen. Stationen u. a. in Darmstadt, Frankfurt am Main, Köln und Düsseldorf, „Highlights“ waren die Stagen im Justizariat des WDR und beim Landeskriminalamt NRW. Parallel zum Vorbereitungsdienst Tätigkeit in einer Frankfurter Personalberatungsagentur. Nach dem 2. Staatsexamen Eintritt in den Landesdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales), zunächst ein Jahr lang im sog. „Durchlauf“ bei der Bezirksregierung Düsseldorf als Regierungsrätin/Verwaltungsdezernentin in der Schul- und Umweltaufsicht. Im Frühjahr 2010 Versetzung im Rahmen eines internen Bewerbungsverfahrens zum Landeskriminalamt NRW, dort als Teildezernatsleiterin verantwortlich für die Bereiche Rechtsangelegenheiten, Datenschutz, Vereins- und Waffenrecht. Mitglied in der International Police Association (IPA).

Eintritt in den djb – Regionalgruppe Düsseldorf – Anfang 2009. Die Arbeit des djb als beruflich orientierter Frauenverband sowie die von ihm behandelten rechtspolitischen und wissenschaftlichen Themen sind für mich in den letzten beiden Jahren in jeder Hinsicht prägend gewesen. Ich kandidiere, da ich mich seit Langem grundsätzlich sehr für Gender Equality, Governance, internationale rechtliche Zusammenarbeit und Justizaufbau interessiere und mich aktiv mit diesen Fragestellungen auseinandersetze.

Als Delegierte bei der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland (NC):
 Barbara Helfert, Jahrgang 1941, verheiratet, keine Kinder. Richterin am Amtsgericht Düsseldorf mit Schwerpunkt Familien- und Erbrecht, drei Jahre Abordnung an das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen u. a. als Gleichstellungsbeauftragte, seit Frühjahr 2004 in Pension.

Mitglied im djb seit Oktober 1979. Ämter im djb: Schriftführerin (1988–1990) und Vorsitzende (1990–1996) der Regionalgruppe Düsseldorf, Vorsitzende (1990–1995) des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Mitglied der früheren Kommissionen Familienrecht sowie Unterhaltsrecht, seit 2005 Mitglied der Kommission Zivil-, Familien- und Erbrecht, Recht anderer Lebensgemeinschaften.

Ich war in den vergangenen vier Jahren Delegierte des djb in der NC und würde diese Tätigkeit gern in den kommenden zwei Jahren fortsetzen. Aktuell wird in der NC der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen die Rücknahme der deutschen Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention auf das deutsche Recht und unsere Rechtsprechung haben wird – eine Thematik von erheblicher Bedeutung, die der djb fachlich begleiten sollte.

Geburtstage

(April bis Juni 2011)

70 Jahre

- Hiltrud Arora
Ministerialrätin
Hannover
- Dr. Barbara Degen
Bonn
- Prof. Dr. Almut Schulz-Priessnitz
Wiesbaden

75 Jahre

- Beate Dörrfuß
Rechtsanwältin und Mediatorin
Waiblingen
- Gerlinde Eder
Richterin am OLG a.D.
München

80 Jahre

- Elfriede Kapp
Ministerialrätin
Wiesbaden
- Dr. Trude-Lotte Steinberg-Krupp
Assessorin
Rinteln
- Margarete Ströle
Postdirektorin a.D.
Stuttgart

85 Jahre

- Dr. Elisabeth Schwarz
Regierungsdirektorin i.R.
Hamburg

Verstorben

- Sabine Wernet
Rechtsanwältin
Mitglied des Bayerischen Senats a.D.
München
im 60. Lebensjahr

- Dr. Helga Stödter
Legationsrätin a.D.
Wentorf
im 90. Lebensjahr

Antje Sedemund-Treiber zum 75. Geburtstag

Christiane Schreiber

Vorsitzende der Kommission Ältere Menschen des djb (1991–2009); Rechtsanwältin, St. Wendel

Antje Sedemund-Treiber (geb. 1936) begann ihren beruflichen Werdegang als Richterin in Hamburg und beendete ihn,

wiederum mit der Tätigkeit einer Richterin, als Präsidentin des Bundespatentgerichtes in München. Dazwischen war sie fast 25 Jahre im Bundesministerium der Justiz in verschiedenen Referaten tätig und dabei mit der Vorbereitung von Gesetzen befasst, darunter dem verfahrensrechtlichen Teil des Eherechtsreformgesetzes. Die Übertragung des Organisa-